Nr. 104
September 2022

Für den Landkreis Göppingen in Berlin

SPD

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

es wird Herbst und unsere Sorgen werden angesichts der Preisentwicklung und sich abzeichnender Energieknappheit immer größer. Die miteinander verknüpften Krisen zehren bei allen an den Nerven. Da kann es nicht überraschen, dass in der Koalition nicht immer Einigkeit darüber besteht, wie die Probleme angemessen gelöst werden können. Außerordentliche Unterstützungsleistungen wurden bereits beschlossen (s.S.2), aber es war klar, dass das nicht reichen wird. Auch die FDP und allen voran Finanzminister Lindner mussten sich bewegen. Ich bin froh, dass das Kabinett sich neben der bereits vereinbarten Strompreisbremse jetzt auch über eine Gaspreisbremse verständigt hat. Aber auch das wird nicht die letzte Maßnahme sein.

Obwohl wir uns alle ganz schnell und unbürokratisch Hilfe für Betriebe und Haushalte mit niedrigem Einkommen wünschen, liegt die Tücke oft im Detail. Risiken und Wechselwirkungen von Maßnahmen müssen mitbedacht und Korrekturen müssen vorgenommen werden, wenn neue Erkenntnisse vorliegen. Das Beispiel der Gasumlage ist dafür sinnbildlich: Als sie beschlossen wurde, ging es darum, den strauchelnden Gasanbieter Uniper zu retten. Aber noch vor ihrer Einführung musste der Konzern fast gänzlich vom Staat übernommen werden, um die Gasversorgung überhaupt sicherstellen zu können. Auch deswegen wurde das Instrument der Gasumlage jetzt wieder gekippt – ebenso wegen ihrer Auswirkungen auf die ohnehin hohen Gaspreise. Es ist gut, dass wir als Ampel solche Kurskorrekturen vornehmen, wenn sie notwendig werden. Aber natürlich ist auch die Verunsicherung bei vielen Menschen verständlich, die merken, dass noch einiges auf sie zukommen wird und sich fragen, wie es weitergehen soll. Da ist es gut, dass Kanzler Olaf Scholz deutlich gemacht hat: Wir lassen euch nicht allein.

Die Krisenbekämpfung beschäftigt uns in Parlament und Regierung vom ersten Tag an: Corona, der Angriffskrieg auf die Ukraine, seine extremen Auswirkungen auf unser aller Leben. Gleichzeitig wollen wir auch die Themen nicht aus dem Blick verlieren, die wir uns lange vorgenommen haben. Und da zeigt sich, dass unsere Vorstellung einer gerechten Gesellschaft eben auch krisentauglich ist: Menschen mit niedrigem Einkommen zu unterstützen oder eine solidarische und stabile Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme zu schaffen, all das ist aktuell noch drängender geworden. Deshalb ist es wichtig, dass beispielsweise ab Oktober der erhöhte Mindestlohn von 12 Euro gilt – eine Gehaltserhöhung für Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und ab Anfang 2023 soll das Bürgergeld kommen (s. S. 3), das vielen Menschen in diesen schweren Zeiten zu mehr Sicherheit verhelfen und ihnen neue Perspektiven eröffnen wird. Es zeigt sich: Sozialdemokratische Politik hat Antworten dafür, wie wir gemeinsam gut durch die Krisen kommen.

Ihre/Eure

Heike Baehrens

Unterstützung leisten

Wir lassen niemanden allein – diese Botschaft gilt weiter und mit Blick auf den beginnenden Herbst und kommenden Winter ganz besonders. Die Ankündigung von Olaf Scholz, eine Gaspreisbremse im Rahmen eines 200 Milliarden Euro Pakets hat das noch einmal unmissverständlich klar gemacht. Alle Ressorts arbeiten daran, dieses Versprechen konkret zu untermauern.

Über einige der aktuellen Beschlüsse und Initiativen möchte ich hier einen kleinen Überblick geben.

Mit allen bisherigen Entlastungspaketen in Höhe von fast 100 Milliarden Euro unterstützen wir gezielt kleine und mittlere Einkommen durch steuerliche Maßnahmen, Direkt- und Einmalzahlungen. Dabei nehmen wir Rentner:innen, Auszubildende und Kinder gleichermaßen in den Blick. Auch Studierende erhalten eine Einmalzahlung. Sie profitieren übrigens auch von der Reform des BAföG, die wir jetzt beschlossen haben.

Entlastungen über die Steuer

Auf den Weg gebracht haben wir in dieser Woche ein Inflationsausgleichsgesetz, mit dem wir über Veränderungen beim Einkommensteuertarif die Belastungen der Bürger:innen weiter abfedern. Außerdem werden der Kindergrundfreibetrag und das Kindergeld erhöht.

Verbessertes Wohngeld

Um Geringverdienende, Familien und Rentner:innen dauerhaft besser zu unterstützen, kommt das „Wohngeld Plus“. Mit dieser größten Wohngeldreform seit 57 Jahren reagieren wir auf die gestiegenen Kosten für Heizen und Klimaschutz. Künftig werden durch eine dauerhafte Heizkostenkomponente die Energiekostensteigerungen abgemildert. Wir sorgen dafür, dass wesentlich mehr Haushalte und auch Pflegeheimbewohner:innen Wohngeld erhalten. Es werden also deutlich mehr Rentner:innen, Familien und Geringverdienende unterstützt. Ziel ist, dass ab dem 1. Januar 2023 das neue Wohngeld Plus beantragt werden kann.

Faire Aufteilung CO2 Kosten Heizen

Seit 2021 wird beim Heizen mit Öl und Erdgas eine zusätzliche CO2-Agabe erhoben. Bisher mussten Mieter:innen diese Kosten alleine tragen, künftig werden nun auch Vermieter:innen stärker beteiligt. Dabei gilt: Je schlechter der energetische Zustand eines Gebäudes, desto höher ist der Kostenanteil für Vermieter:innen. So soll ein Anreiz zu Investitionen in klimaschonende Heizungssysteme und energetische Sanierungen gesetzt werden.

Erleichterungen für die Gastronomie

Um den gastronomischen Betrieben über die Krise hinwegzuhelfen, wird der ermäßigte Umsatzsteuersatz von sieben Prozent für Restaurants verlängert. Dies erleichtert der Gastronomie die Fortführung ihrer Betriebe nach den Beschränkungen der Corona-Krise.

Um kleine und mittelständische Brauereibetriebe zu unterstützen, wird die befristet eingeführte Biersteuermengenstaffel dauerhaft beibehalten. Dadurch gelten für mittelständische Brauereien ermäßigte Biersteuersätze. Von der Maßnahme profitieren etwa 1.460 Brauereien.

Auf den Weg gebracht: das Bürgergeld

Lange haben wir uns als Partei mit den Agenda 2010-Reformen und ihren Auswirkungen beschäftigt. Unter Andrea Nahles haben wir ein neues Sozialstaatskonzept erarbeitet und ganz klar formuliert: Wir lassen Hartz IV hinter uns. Das ist nicht bloß eine Floskel geblieben, sondern hat es über unser Wahlprogramm in den Koalitionsvertrag geschafft und wird nun umgesetzt. Das Kabinett hat bereits einen Gesetzentwurf zur Einführung eines Bürgergelds beschlossen. Jetzt werden wir im Parlament darüber beraten und wollen es Mitte November beschließen, damit ab Januar 2023 erste Regelungen greifen können.

Das neue Bürgergeld wird kein umbenanntes Hartz IV: Die Reform bedeutet einen echten Kulturwandel im Umgang mit den Menschen, die staatliche Leistungen erhalten, weil sie kein (ausreichendes) Einkommen haben. Wir setzen auf eine Kultur des Respekts, den Abbau von Bürokratie und mehr nachhaltige (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt. Wir wollen die Hürden beim Zugang zum Bürgergeld senken, mehr individuelle Betreuung und Unterstützung durch die Jobcenter, mehr nachhaltige Vermittlung in gute Jobs und mehr Chancen für eine Aus- und Weiterbildung. Wir schaffen damit endlich einen wichtigen Baustein für einen Sozialstaat, der Arbeitslosigkeit nicht verwaltet, sondern Bürger:innen in guten wie auch in schlechten Zeiten absichert und aktiv in ein würdiges Erwerbsleben begleitet.

Die Erhöhung des Regelsatzes auf 502 Euro ist ein wichtiger Baustein des neuen Bürgergelds. So wollen wir Berufsausbildungen besser fördern mit einem Weiterbildungsbonus in Höhe von monatlich 150 Euro für berufsabschlussbezogene Weiterbildungen oder eine Berufsausbildung. Auch Zuverdienste sollen sich mehr lohnen und Kinder von Leistungsempfänger:innen dürfen endlich Verdienste aus Ferien- oder Nebenjobs behalten .

Sanktionen sollen nur als allerletztes Mittel eingesetzt werden – und das auch nur im Rahmen der Grenzen, die das Bundesverfassungsgericht klar vorgibt. Kosten der Miete und Heizung dürfen nicht mehr gekürzt werden . Auch im Hartz IV System waren lediglich drei (!) Prozent der Leistungsbezieher:innen von Sanktionen betroffen – die absolute Mehrheit hält sich also an die Regeln und macht mit. Trotzdem steht bisher unter fast jedem Brief vom Jobcenter die Androhung einer Sanktion. Wir aber wollen, dass die Zusammenarbeit zwischen Jobcenter und Bürgergeldbezieher:innen ohne Drohung und Angst, sondern mit Zutrauen beginnt. Wenn die Zusammenarbeit klappt, sollte man gar nicht mit der Drohung der Leistungskürzung in Berührung kommen. Gibt es Probleme, sollte es eine zweite Chance zur Nachbesserung geben, bevor es zu Kürzungen kommt. Außerdem wollen wir aufsuchende Sozialarbeit/Beratung einer Leistungskürzung vorschalten, da häufig psychische Erkrankungen oder andere Probleme hinter plötzlichen Kontaktabbrüchen stehen. Diese Menschen brauchen Unterstützung und keine Leistungskürzungen.

Viele genaue Details werden noch im parlamentarischen Verfahren verhandelt werden. Darüber werde ich an dieser Stelle weiter berichten. Wir setzen uns dafür ein, dass das Bürgergeld ein stabiler Pfeiler in unserem Sozialsystem wird, das den Menschen Sicherheit gibt, soziale Teilhabe in Würde ermöglicht und möglichst vielen Menschen die Rückkehr in gute und erfüllende Arbeit ermöglicht.

Unterwegs im Landkreis

Willkommen im Bürgerbüro

Darf ich vorstellen: meine neue Büroleiterin Rebecca Zabel. Sie ist seit Mitte September die Nachfolgerin von Benjamin Christian im Bürgerbüro in **Göppingen**.

Herzlich Willkommen im Team!

Unterwegs im Nachbarlandkreis

Zu gesundheitspolitischen Themen hatte mich die SPD im Kreis **Esslingen** ins Köngener Burgforum eingeladen. Ich diskutierte mit dem fachlich sehr versierten Publikum über die Stabilisierung der Finanzen der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, über die schwierige Personalsituation in der Pflege und was getan wird, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern, sowie über die von der SPD dringend geforderte Bürgerversicherung.

Landkreis unterwegs in Berlin

Die Mitglieder unseres Kreistages haben Berlin besucht und so konnte ich sie im Bundestag begrüßen. Mit Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter vom Innenministerium konnten konkrete Anliegen aus dem Landkreis **Göppingen** besprochen werden. So ging es um Fragen der Unterbringung von Geflüchteten, Bevölkerungsschutz und innere Sicherheit.

In eigener Sache:

„Als ich 2015 in Heikes Berliner Bundestagsbüro anfing, waren Gestaltung und Entwurf des Newsletters die erste Aufgabe, die ich übernommen habe. Und der Newsletter blieb in meiner Zuständigkeit, auch nachdem der Schwerpunkt meiner Arbeit sich auf fachpolitische Themen verlagert hatte. Über sieben Jahre hinweg sind dabei 78 Ausgaben entstanden, in denen viel von dem dokumentiert ist, was uns in dieser Zeit in Atem gehalten, begeistert und auch mal zur Verzweiflung gebracht hat – und vieles von dem, was wir gemeinsam geschafft haben. Jetzt geht es für mich an neue Aufgaben und ich verabschiede mich von der treuen Leserschaft dieses Newsletter. Bei Heike und dem ganzen Team bedanke ich mich von Herzen für alles, was ich bei Euch gelernt habe, für das große Vertrauen und für die wirklich wunderbare Zusammenarbeit."

Hannah Gundert

Liebe Hannah, Du warst eine Riesenstütze in meinem Büro. Ich danke Dir für Dein Engagement und das gute Miteinander. Wir alle wünschen Dir von Herzen alles Gute und viel Erfolg für Deine neue Aufgabe beim Fraktionsvorsitzenden.

Heike Baehrens und Team

Termine

Montag, 3. Oktober 11:00 Uhr
Feierstunde zum Tag der Deutschen Einheit
Altes E-Werk Göppingen

Dienstag, 4. Oktober 10:00 Uhr
Digitaler Austausch mit den diakonischen Einrichtungen im Landkreis Göppingen

Mittwoch, 5. Oktober
11:00 Uhr
Vor-Ort-Termin zu Sanierung kommunaler Einrichtungen in Wangen
18:30 Uhr
Herbstempfang der SPD Feuerbach
WerkHaus BHZ Feuerbach-Ost
Stuttgart

Donnerstag, 6. Oktober
11:00 Uhr
Besuch im - und Logistikzentrum der Deutschen Post
Salach
14:00 Uhr
Austausch mit Hr. Wälde
BLESS YOU. HIRSCH Apotheke Göppingen
16:00 Uhr
Bürgersprechstunde im Bürgerbüro
18:30 Uhr
Kreisdelegiertenkonferenz
Süßen

Freitag, 7. Oktober 16:00 Uhr
Gespräch mit Bürgermeister Stölzle zum Förderprogramm Schwimmhalle
Donzdorf

Sonntag, 9. Oktober 10:00 Uhr
Grußwort Ehrungsmatinee
Chorverband Hohenstaufen
Dorfwiesenhalle Schlierbach

Montag, 10. bis Freitag, 21. Oktober
Sitzungswochen in Berlin

Bürgerbüro
Roth Carrée Schillerplatz 10
73033 Göppingen
Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159

heike.baehrens.wk@bundestag.de

heike.baehrens@bundestag.de

Stand: 30. September 2022, 10 Uhr